Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1919

137 (22.11.1919)

Visual Library

Erscheint
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.

Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen
monatlich 93 Pfennig
am Postschalter abgeholt,
durch den Briefträger und
unsere Austräger
frei ins Haus gebracht
monatlich 1 Mk.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Geschäftszeit 1/28—5 Uhr,
Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

Gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen
kosten im Anzeigenteil die Petitzeile (42 mm breit) 30 Pfg. bei Platzvorschrift 35 Pfg im textlichen Teil (87 mm breit) 60 Pfg an erster Stelle 70 Pfg. Bei Wiederholung tariffester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlichen Betreibungen und bei Konkursen außer Kraft tritt. Erfüllungsort Sinsheim.

Schluß d. Anzeigenannahme
8 Uhr vorm., umfangreicher Anzeigen wollen Tags zuvor aufgegeben werden.

Postscheck-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

№ 137. Samstag, den 22. November 1919. 80. Jahrgang

Das Wichtigste.

Der Badische Landtag nahm am Mittwoch seine Sitzungen wieder auf. Die Vorlage über die Eingemeindung Wieblingens in Heidelberg wurde einstimmig angenommen.

*

Die Nationalversammlung hat ihre Sitzungen am Donnerstag wieder aufgenommen.

*

Die Finanzminister der Einzelstaaten berieten gestern in Berlin über die neuen Steuern.

*

Hindenburg hat nach seiner Vernehmung im Untersuchungsausschuß seine Rückreise nach Hannover angetreten.

*

Der Zentrumsabgeordnete Gröber ist gestorben.

*

Der Telegraphenverkehr zwischen Holland und Deutschland ist eingestellt. Telegramme können nur mit der Bahn befördert werden.

*

Die Schweiz hat sich für den Eintritt in den Völkerbund entschieden.

*

Die deutsche Delegation für Washington hat ihre Ausreise aufgegeben, weil die Konferenz bereits zu Ende geht.

*

Die Rückbeförderung der deutschen Truppen aus dem Baltikum wird nunmehr in die Wege geleitet.

*

England, Frankreich und Italien verhandeln miteinander über die Verteilung der deutschen Kolonien in Afrika.

*

Bei den Wahlen in Frankreich hat der Nationalismus Clemenceaus einen entscheidenden Sieg über die Sozialisten errungen.

Die Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs.

Stimmungsbild.

Berlin 18. Nov. (Bad. Pr.) Ein feuchtkalter Wintertag, Schneetreiben, Wind und Berge von Schnee, aber das alles hindert Freunde und Gegner nicht vor dem Reichstagsgebäude zu erscheinen. Lange Ketten von grünen Sicherheitssoldaten sperren Straßen und Plätze ab. Vor den Reichstagsportalen und an den Straßenecken stehen schwere und leichte Maschinengewehre. Offiziere eilen geschäftig hin und her. Auch oben im Saale sieht es anders aus als sonst. Der Zuhörerraum ist überfüllt. Diplomaten mit ihren Damen, bekannte Militärs in Zivil in der ersten Reihe und die beste Gesellschaft Berlins. Auch Herr Ledebour ist wieder erschienen und zum erstenmale sieht man im Saale den eigentlichen Schöpfer dieses Ausschusses: Philipp Scheidemann. Auch die Fremdenmission ist zahlreich erschienen. Selbst ein Japaner ist im Saal. Die Tische der deutschen und ausländischen Presse sind dicht besetzt. Auf dem Zeugentisch liegt neben dem Glase Wasser ein Strauß schneeweißer Crysanthemen den eine schwarz-weiß-rote Schleife zusammenhält. Niemand weiß, wer ihn dort hingelegt hat, aber er liegt da und der Ausschuß weiß nicht recht, was er damit anfangen soll.

Kurz vor 11 Uhr werden die Saaltüren aufgerissen. Das Publikum bildet im Vorsaale Spalier und Damen und Herren verbeugen sich, als Generalfeldmarschall von Hindenburg todernst, groß, markig, schnellen Schrittes zur Saaltür schreitet General Ludendorff und einige Offiziere folgen ihm. Beide tragen den schwarzen Gehrock ohne alle Ordenszeichen. Als sie den Saal betreten erhebt sich alles.

Hindenburg bleibt vor dem Zeugentische stehen und läßt den General Ludendorff seine Erklärungen verlesen. Es ist im großen und ganzen nichts anderes als das was schon Dr. Helfferich gesagt hat und läuft letzten Endes darauf hinaus, daß auch die beiden Heerführer dem Abgeordneten Dr. Cohn nicht antworten wollen. Dann verliest der Generalfeldmarschall seine Erklärung und ihm schließt sich General Ludendorff mit seinem Expose an, das auf die gestellten Fragen Antwort gibt. Während Hindenburg mit seiner tiefen und energischen Stimme mit großer Unruhe Auskunft gibt, ist General Ludendorff erregt, und er bemüht sich, scharf, schneidig und militärisch zu sprechen. Er bleibt im allgemeinen durchaus sachlich, nur hin und wieder verteilt er Seitenhiebe auf die Sozialdemokraten und Unabhängigen und läßt es dabei an mißachtenden Blicken für Dr. Cohn nicht fehlen. Mehrfach bittet ihn der Vorsitzende Gothein, sich aller Vorurteile enthalten zu wollen und Ludendorff bemühte sich sichtlich, es zu tun. Daraufhin betonte Professor Schäfer, daß die Zeugen nicht umhin könnten, des öfteren Werturteile zu fällen. Aus dieser Bemerkung ergeben sich Schwierigkeiten, sodaß sich der Ausschuß zu einer Sonderberatung zurückziehen muß.

Nach fast einstündiger Verhandlung hinter verschlossenen Türen erklärt man: daß Professor Schäfer im Unrecht gewesen ist und die Verhandlung geht weiter. General Ludendorff sucht seine Politik zu rechtfertigen. Erst gegen Ende der Sitzung, als der Vorsitzende Abg. Gothein die Frage aufwirft, wie sich General Ludendorff zu den eidlichen Aussagen des Bernstorff stelle, kommt es zu erregten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem ehemaligen Botschafter in Washington und dem General. Der Vorsitzende Gothein, Herr von Bethmann Hollweg und andere suchen zu vermitteln, aber der General ist erregt und sein Temperament geht mit ihm durch. Graf Bernstorff bleibt die Antwort nicht schuldig, bis der Generalfeldmarschall sich auch schließlich für seinen treuen Mitarbeiter einsetzt. Dann möchte Herr Gothein die Sitzung gern auf den Nachmittag vertagen; aber die beiden Heerführer wollen nicht mehr und so muß man denn auf unbestimmte Zeit aussetzen.

Als die beiden Heerführer den Saal verlassen, werden ihnen im Vorsaale große Ovationen dargebracht. Sie setzen sich auf den Straßen fort und finden hier lebhaften Widerhall. Doch hier sind wohl die Unabhängigen in der Ueberzahl, denn sie pfeifen, und manchmal gelingt es ihnen, das „Hoch" mit einem „Nieder" zu überschreien.

Ueber die Fortsetzung der Verhandlungen.

Berlin, 18. Nov. Der Untersuchungsausschuß trat nach dem Abbruch der Verhandlungen zu einer **internen Sitzung** zusammen, um über den Termin der neuen Sitzung zu beraten, es wurde beschlossen, die Festsetzung dieses Termins dem morgen zusammentretenden Hauptausschuß zu überlassen, welcher auch gleichzeitig über den Einspruch Helfferichs gegen die über ihn verhängten Strafen von je 300 Mark Beschluß fassen wird. Im Untersuchungsausschuß wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die nächste Vernehmung sobald Zeit dafür vorhanden wäre, in Hannover vorgenommen werde, um dem greisen Feldmarschall eine abermalige Reise nach Berlin zu ersparen. Feste Beschlüsse sind indes noch nicht gefaßt worden. — Als nach Schluß der heutigen Ausschuß-Sitzung der Vorsitzende Gothein in persönlicher Unterredung dem Generalfeldmarschall von Hindenburg erklärte, der Ausschuß hätte ihm gerne die Mühe der abermaligen Beteiligung an einer Verhandlung erspart und würde ihn sicher frühzeitig benachrichtigen, erklärte Hindenburg: **„Ich lasse meinen Kameraden nie im Stich. Sowie er hierher geholt wird, bin ich neben ihm und wenn ich zu Fuß hierher gehen soll."** Im Vorsaale wurden dem Heerführer lebhafte Ovationen dargebracht. Herr Ledebour zischte, wurde aber von einer Dame sehr erregt und sehr energisch zur Ruhe gebracht. Vor dem Reichstagsgebäude brachte eine zahlreiche Menge auf den Generalfeldmarschall brausende Hochrufe aus, aber auch Unabhängige hatte sich eingefunden und brüllten „Nieder".

Die Untersuchung über die Schuldfrage.

Die bayerischen Demokraten und der Untersuchungsausschuß.

München, 20. Nov. Die „Süddeutsche Demokratische Korrespondenz", das öffiziöse Organ der Demokratischen Partei in Bayern macht über den parlamentarischen Untersuchungsausschuß folgende bemerkenswerte Ausführung: „In weitesten Kreisen der Deutsch-demokratischen Partei hat der bisherige Verlauf der Verhandlungen im parlamentarischem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung und die ganze Art der Verhandlungsführung wachsendes Mißfallen, ja Empörung erregt. Die Ueberzeugung, daß auf diese Weise niemals die volle Wahrheit zu Tage kommen könne, daß hierzu vor allem auch die **Oeffnung der Akten der feindlichen und neutralen Regierungen notwendig wäre**, ist längst zur Gewißheit geworden. Zudem gewinnt man auch den Eindruck, als ob manche im Ausschuß mitwirkende Persönlichkeiten ihre eigenen nicht geringen politischen Fehltritte und schuldhaften Verirrungen durch einseitige Beeinflussung und rednerische Uebertönung des Verhandlungsganges zu verdunkeln trachten. Auch in rechtlicher und politischer Hinsicht ist bis heute das eigentliche Ziel der Untersuchung nicht fest und unzweideutig herausgeschält. In rechtlicher Hinsicht haben sich zudem unzulässige und störende Schwankungen und Unklarheiten über das zeugeneidliche Verhör der vorgeladenen Persönlichkeiten, über seine Ausdehnung und seine Unterlagen ergeben. Das alles verrät, auf wie schwankendem Grunde das ganze bisherige Verfahren steht. Soll der Untersuchungsausschuß nicht zu einer Verzerrung eines Feststellungs- und rechtlichen Verfahrens entarten, so muß die Nationalversammlung in persönlicher und sachlicher Hinsicht einschreiten. Sie muß vor allem im Namen der nationalen Würde unseres Volkes als unabweisliche Vorbedingung der Gerechtigkeit, die laute Forderung erheben, daß Deutschlands Kriegsgegner auch ihrerseits ihr Aktenmaterial zur Veröffentlichung bringen und es einer vorurteilslosen unparteiisch zusammengesetzten internationalen Feststellungskommission zur Verfügung stellen.

Hindenburgs Abreise von Berlin.

Berlin, 20. Nov. Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat heute vormittag Berlin wieder verlassen. Die Abfahrt erfolgte mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Hannover, dem ein Salonwagen angehängt war, vom Bahnhof Charlottenburg aus. Dorthin war eine **Kompagnie der Reichswehr als Ehrenwache** kommandiert worden. Der Feldmarschall begrüßte die Offiziere der Kompagnie und schritt dann die Front ab, worauf ein Vorbeimarsch der Truppen erfolgte. Auf dem Bahnsteig hatte sich eine große Anzahl höherer Offiziere, unter ihnen General Gröner, eingefunden. Als der Feldmarschall seinen Wagen bestieg, spielte die Kapelle der Reichswehr, die auf dem Bahnsteig Aufstellung genommen hatte, „Deutschland, Deutschlannd über alles" und unter Hochrufen fuhr der Zug aus der Halle. Die Straßen, die Hindenburg auf dem Wege zum Bahnhof benutzte, und der Bahnhof selbst waren durch die Sicherheitswehr besetzt. Zu störenden Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Amerika und der Friedensvertrag.

Wilsons 14 Punkte.

Amsterdam, 19. Nov. Das Pressebüro Radio meldet, daß Senator Hitchcock nach einer Konferenz mit dem Präsidenten Wilson erklärte, der Präsident sei keineswegs der Ansicht, daß alle Vorbehalte des Senators Lodge unannehmbar seien. **Der erste Vorbehalt töte jedoch den Friedensvertrag.** Auch gegen den Artikel 10 der betreffenden Vorbehalte sei wenig einzuwenden. Der Vorbehalt des Senators Oven betreffend die erneute Bestätigung des Grundsatzes der 14 Punkte Wilsons im Friedensvertrag mit Deutschland wurde abgelehnt.

Englisch-amerikanische Verstimmung.

Amsterdam 19. Nov. Wie das Pressebureau „Radio" aus Horse meldet, drücken alle englischen Blätter ihr Bedauern über die Annahme der vom Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Senats gemachten Vorbehalte aus und erkennen den Ernst der Lage an. Die „Times" schreibt: **Wenn Amerika das Herz aus dem Völkerbund herausreißt so muß sein Beispiel das gesamte Wesen des Bundes beeinträchtigen.** Diese Tatsache legt den Alliierten und insbesondere Frankreich und England die Pflicht auf, die Lage ins Auge zu fassen. Das Blatt fragt, ob die Alliierten den Versuch machen sollen, Europa und den nahen Osten nach den Ideen des Völkerbunds zu bilden wenn Amerika sich vom Bund zurückziehe oder ob sie sich durch die Drohungen der Vereinigten Staaten zu dem früheren System der Bündnisse und Weltrüsten zurücktreiben lassen würden.

Ein Untersuchungsausschuß in England.

London 18. Nov. Gestern wurde der Bericht der Untersuchungskommission über die **Dardanellen-Expedition** veröffentlicht. Der Berichterstatter erklärt, daß das Unternehmen nicht genügend studiert worden war und daß man sich über gewisse Schwierigkeiten keine Rechenschaft gegeben habe. Der Bericht schließt mit der Feststellung, daß die Entschließung Kitcheners, die Dardanellen zu räumen, die einzige Maßnahme war, die den dortigen Umständen entsprechen konnte.

Zur Aufteilung der deutschen Kolonien.

London 18. Nov. Wie der englische Kolonialsekretär im Unterhause mitteilt, verhandeln England, Frankreich und Italien augenblicklich über die **Verteilung der deutschen Kolonien in Afrika.** Man sei darüber einig geworden, daß Frankreich und England nur einen Teil von Deutschsüdwestafrika erhalten sollen. Aber auch Italiens Ansprüchen wird man Gerechtigkeit widerfahren lassen damit es ihm möglich sein, seinen Kolonialbesitz in Afrika auszudehnen.

Die britische Regierung wird die ihr zugewiesenen deutschen Kolonien mit englischen demobilisierten Soldaten kolonisieren. Die Soldaten erhalten außer Land auch geldliche Unterstützung und werden mit allen kolonialen Bedürfnissen versehen werden.

Mit diesem Plan sind wichtige Landesverteidigungsinteressen verbunden da auch Offiziere dort angesiedelt werden. Die Kolonisten werden sich gemeinsam zu einem Bunde zusammenschließen der die Interessen der Ansiedler gegen fremde Ansiedler wie auch gegen Einwohner verteidigen will. Die Ansiedler haben ferner eine Kolonialwehr und erhalten Zuschüsse von England. Diese sind aber weit geringer als der Unterhalt einer Militärtruppe in den Kolonien beträgt. Das britische Kriegsamt glaubt dadurch die militärischen Ausgaben für die Kolonien bedeutend herabzusetzen. Nach Deutschsüdwestafrika sind bereits 6400 Soldaten unterwegs, denen noch weitere 4000 folgen werden. In den anderen Kolonien sind augenblicklich erst 1000 Mann, die zunächst Ländereien kaufen und eine starke Ansiedlung vorbereiten. Das Interesse unter den Soldaten wird immer größer seitdem die Regierung dieses neue System bekannt gemacht hat.

Die Schweiz für Eintritt in den Völkerbund.

Bern 19. Nov. Der Nationalrat stimmte gemäß dem Antrag der Kommissionsmehrheit mit 124 Stimmen gegen 45 Stimmen für den **Eintritt in den Völkerbund.**

Die Lage im Baltikum.

Die Rückkehr der deutschen Truppen.

Berlin, 18. Nov. Die Rückbeförderung der Truppen deutscher Nationalität aus dem Baltikum wird in die Wege geleitet. General von Eberhardt ist in Mitau angekommen. Der Abzug der Truppen ist zonenweise auf den Bahnlinien über Laugszargen und Bajohren beabsichtigt.

Die Heimreise der englischen Kriegsschiffe aus dem baltischen Meer.

W **London**, 19. Nov. Daily Chornicle meldet, daß die Admiralität die im baltischen Meer befindlichen englischen Kriegsschiffe angewiesen habe, sich für die Heimreise bereit zu halten. Diese Maßnahme steht im Zusammenhang mit der Tatsache, daß das Baltische Meer bald zufrieren wird.

Die Bolschewisten machen Fortschritte.

W **Stockholm**, 19. Nov. Svenska Dagblad meldet aus Helsingfors, daß die Bolschewisten längs des finischen Meerbusens in der Richtung Ontava größere Fortschritte machten. Die östliche Nationalarmee soll sich auf eine näher der Grenze gelegene und leichter zu verteidigende Stellung zurückgezogen haben.

Weltkonferenz für Arbeiterfragen.

W **Berlin**, 18. Nov. Durch die schweizerische Gesandtschaft in Washington ist hier mitgeteilt worden, daß die internationale **Arbeitskonferenz bereits Ende dieses Monats auseinander geht und es demnach zwecklos sein würde, daß die deutschen Delegierten noch abreisen.** Die deutsche Delegation, die bereits nach Gotenburg abgereist ist, ist darauf im Auftrage der Reichsregierung durch ein Telegramm, das am 17. November 10 Uhr abends abgegangen ist, gebeten worden, von der Weiterreise Abstand zu nehmen. Ob das Telegramm die Delegation vor der Abreise des Schiffes in Göteburg am 18. November erreicht hat, ist zweifelhaft.

Zeichne mit 500 Mark bar
und 500 Mark Kriegsanleihe
1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe.

Einstellung des Telegraphenverkehrs zwischen Deutschland und Holland.

Haag, 20. Nov. Die holländische Telegraphenverwaltung gibt bekannt, daß der Telegraphenverkehr zwischen Holland und Deutschland vorläufig eingestellt wird und daß **Telegramme nur durch die Bahn befördert werden.** Ob technische oder andere Schwierigkeiten zu dieser Maßnahme geführt haben, ist unbekannt.

Die Wahlen in den Ententeländern.

Die Kammerwahlen in Frankreich.

Paris 19. Nov. Agence Havas. Die Zahl der Neugewählten aus jeder Partei muß besonders ins Auge gefaßt werden, da sie den Willen des Landes deutlich zum Ausdruck bringt, den Bestand des Parlaments zu erneuern. Von insgesamt 548 Gewählten sind nur 221 bisherige Abgeordnete; **327 sind neu.** Es handelt sich bei dieser Zahl nicht nur um eine Verschiebung in der Zusammensetzung der republikanischen Parteien. Sowohl die Verschiebung nach rechts wie nach links ist äußerst fühlbar. Folgende Zusammenstellung zeigt die genaue Verschiebung, auf die einzelnen Parteien berechnet: Unionierte Sozialisten gewählt 54, bisher 31, neu 23;; unabhängige Sozialisten gewählt 6, bisher 5, neu 1; republikanische Sazialisten gewählt 24 bisher 16, neu 8, Radikal-Sozialisten gewählt 71, bisher 39, neu 32; Linksrepublikaner gewählt 117, bisher 49, neu 68; republikanische Progressisten gewählt 120, bisher 32, neu 88; Action liberale gewählt 73, bisher 15, neu 58; Konservative gewählt 31, bisher 12, neu 19.

Die Wahlen in Italien.

Rom, 19. Nov. Laut „Epoca" umfaßt die **neue italienische Kammer** 138 Sozialisten, 81 Katholiken und 289 Deputierte der Mittelparteien. Die Wiederwahl der ehemaligen Ministerpräsiderten Giolitti, Boselli, Orlando, Salandra kann als gesichert angesehen werden. Sonnino hatte eine Kandidatur nicht aufgestellt.

Nach den Wahlen zur italienischen Abgeordnetenkammer 1913, bei denen zum erstenmal das allgemeine Wahlrecht zur Anwendung kam, waren in der Kammer: 290 Ministerielle, 19 verfassungstreue Oppositionelle, 70 ministerielle Radikale, 35 Katholiken, 16 Republikaner, 59 offizielle Sozialisten und 21 reformierte Sozialisten.

Die Wahlen in Belgien.

Brüssel, 19. Nov. **Die neue Deputiertenkammer** wird folgendermaßen zusammengesetzt sein: 72 Katholiken (Verlust 26), 70 Sozialisten (Gewinn 20), 34 Liberale (Verlust 11) und 9 Parteilose. Das amtliche Resultat der **Senatswahlen** ergab nach dem allgemeinen Stimmrecht als gewählt: 43 Katholiken (Verlust 12), 30 Liberale (Gewinn 2) und 20 Sozialisten (Gewinn 10).

Wiederbeginn der Nationalversammlung.

Berlin, 20. Nov. Die erste Sitzung der deutschen Nationalversammlung nach dreiwöchiger Pause war zu Ende, fast ehe sie begonnen hatte. Geschäftliches, debattelose Erledigung von 150 Petitionen und dazu eine kurze Spanne des Gedenkens für die beiden Parteiführer, die der Tod in dieser Pause abgerufen hat. den Unabhängigen Haase und den Zentrumsmann Gröber, dessen erst gestern verwaister Sitz ein frischer Eichenkranz schmückt. Präsident Fehrenbach findet in seiner schlichten Weise herzliche Worte der Wertschätzung und des Gedenkens für die beiden Toten, denen die wenigen schon heute Anwesenden stille Ehrung erweisen. Bereits nach 20 Minuten ist die Tagesordnung erschöpft.

Steuervorlagen Erzbergers.

Berlin 19. Nov. Der Reichsfinanzminister Erzberger hat seine angekündigten Vorlagen über die Reichseinkommensteuer, Kapital-Ertragssteuer und die Landesabgabeordnung fertiggestellt und die Finanzminister der Einzelstaaten nach Berlin geladen. Der sächsische Finanzminister hat die Einladung abgelehnt und erklärt, daß man Vorlagen von so großer Wichtigkeit nicht in einem derartig schnellen Tempo erledigen könne. Die Vorlagen müßten zunächst einmal den Regierungen der Einzelstaaten zugehen und von ihnen durchberaten werden. Etwa in Berlin gefaßte Beschlüsse erklärte der sächsische Finanzminister für unverbindlich.

Die Finanzminister über die neuen Steuern.

Berlin, 20. Nov. Die Verhandlungen der einzelstaatlichen Finanzminister, die seit einigen Tagen stattfinden, gehen, wie verlautet, gut vorwärts. Heute werden Einzelheiten aus dem für die Beratungen der Nationalversammlung bestimmten Entwurf eines **Reichseinkommensteuergesetzes** bekannt. Danach ist die steuerfreie Einkommensgrenze auf 1000 Mk. festgesetzt, ein Satz, der sich für die erste zur Haushaltung gehörende Person um 500 Mk., für jede weitere um 300 Mark erhöht. Der Steuertarif selbst besagt: Die Einkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens 10 Prozent, für die nächsten 1000 Mk. des steuerpflichtigen Einkommens 11 Prozent usw. bis 24 Prozent, die nächsten angefangenen oder 2000 Mark 25 Proz. usw. bis 29 Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 3000 Mark 30 Prozent usw. bis 34 Prozent usw. Der Höchstsatz beträgt 60 Prozent. Man wird, ehe man diese Sätze einer kritischen Betrachtung unterziehen kann, zunächst ihre amtliche Bestätigung abwarten müssen.

Reichsarbeitsgemeinschaft der Eisenbahner.

Berlin 18. Nov. Auf Einladung des Reichsverkehrsministeriums fanden sich am 18. November die Vertreter der großen Organisationen der Beamten und Arbeiter aller deutschen Staatseisenbahnverwaltungen mit den Vertretern der beteiligten Länder im Reichstagsgebäude zu einer Beratung darüber zusammen auf welche Weise diese Organisation bei der Lösung der Frage der Ueberführung der Staatseisenbahnverwaltung auf das Reich beteiligt werden wird. Den Vorsitz führte Reichsverkehrsminister Dr. Bell. Unterstaatssekretär im Reichsverkehrsministerium Stieler erklärte das Reichsverkehrsministerium will die praktische Erfahrung und Mitarbeit der Beamten und Arbeiter nutzbar verwerten. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, einen Hauptausschuß von 25 Vertretern von Beamten und Arbeitern aller Staatseisenbahnen zu bilden, aus dem ein engerer Arbeiterausschuß gebildet wird. Sonderfragen werden in einem Unterausschuß verhandelt werden.

Protest des Reichsausschusses der Landwirte.

W **Berlin**, 20. Nov. In der „Deutschen Tageszeitung" veröffentlicht der Reichsausschuß der Landwirte einen längeren Protest gegen die jetzigen Ernährungsverhältnisse und erklärt, daß die Landwirte es bis jetzt mit ihrer **Ablieferungspflicht nicht ernst** nehmen würden, wenn die Grundsätze des Ernährungsministeriums keine Aenderungen erführen. Die Fleischversorgung sei bereits vollständig zusammengebrochen, und es müßte gefordert werden, daß die jetzige Zwangswirtschaft und Preisbewirtschaftung sofort aufgehoben wird. Sollte die Regierung dieser Forderung der Landwirte nicht nachkommen, so würde der Bund der Landwirte diese zum **Streik auffordern.**

Abgeordneter Gröber †.

Berlin, 19. Nov. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion in der Nationalversammlung, Abg. Gröber, wurde mittags während eines Gesprächs mit Geheimrat Jungheim, Direktor beim Reichstag, von einem Schlaganfall ereilt, und ist gestorben. Mit dem Abg. Gröber ist einer der bekanntesten und hervorragendsten Führer des Zentrums dahingeschieden. Geboren 1854 in Riedlingen und seit 1878, zuletzt als Landgerichtsrat im württembergischen Justizdienst, gehörte er von 1887 an dem Reichstag und seit 1889 dem württembergischen Landtag als Mitglied des Zentrums, und zwar dessen demokratischen Flügels an.

Beisetzung des Erzbischofs von Köln.

W **Köln**, 20. Nov. Gestern vormittag wurde der Erzbischof von Köln, Kardinal Dr. von Hartmann, feierlich im Dome beigesetzt. Anwesend waren die Spitzen der deutschen Behörden und Vertreter der Militärbehörden der Besatzungsmächte. Bischof Dr. Felix Korum von Trier hielt ein feierliches Pontifical-Requiem, und der Bischof von Münster widmete dem Verstorbenen einen tiefempfundenen Nachruf.

Vertagung des Beleidigungsprozesses Erzberger—Bülck.

Berlin, 20. Nov. Im Prozeß Erzberger gegen die Deutsche Zeitung beschloß das Gericht nach kurzer Beratung angesichts des allgemein gehaltenen Strafantrags, daß auch der Satz nachgeprüft werden müsse, in dem der Artikel behauptet, daß es Minister Erzberger mit der Wahrheit nicht genau nehme. Die Verteidigung erklärte darauf: Wir treten den **Wahrheitsbeweis an, daß Herr Erzberger mindestens in 6 Fällen die Unwahrheit** gesagt hat, und Aeußerungen, die er an verschiedenen Stellen gemacht hat, in diametralem Gegensatz zueinander stehen. Nach einigen Ausführungen hierüber wurde die Verhandlung vertagt.

Die Kohlenversorgung Süddeutschlands.

Berlin, 20. Nov. Die Wirkungen der Verkehrssperre lassen sich nach den nunmehr beim preußischen Eisenbahnministerium vorliegenden Berichten folgendermaßen zusammenfassen: Die Kohlenversorgung Süddeutschlands ist verbessert worden, konnte aber nicht unbedingt sichergestellt werden, weil die bisher übliche Vorratswirtschaft in Mannheim, wo früher Kohlenlager während des Sommers angehäuft wurden, um in Zeiten der Verkehrsstockung verteilt zu werden, in diesem Jahre ausgefallen ist. Die Wirkung der Verkehrssperre wurde beeinträchtigt durch die Kürze der Zeit, die für die Vorbereitungen zur Umstellung des Personen- auf den Güterverkehr vorhanden war. In der nächsten Zeit ist besonders im Nordsüdverkehr von der Ruhr nach Süddeutschland eine Erleichterung der Verkehrswege insofern zu erwarten, als durch die Schneeschmelze der Wasserstand des Rheins sich hebt und auf diese Weise weniger Lokomotiven benötigt werden.

Aus den besetzten Gebieten.

Die französische Rechtsbeugung in Pirmasens.

München, 20. Nov. Der bayerische Richterverein hat in einer außerordentlichen Versammlung in München folgenden Beschluß einstimmig gefaßt: „Die französische Besatzungsbehörde der Pfalz hat im Oktober 1919 den Amtsrichter Gieser in Pirmasens mit Enthebung von seinem Amt und mit Entziehung seines Gehalts auf 30 Tage bestraft weil er pflichtgemäß gegen einen Lothringer wegen einer im Gebiete des Deutschen Reichs begangenen strafbaren Handlung Haftbefehl erlassen und die Zumutung der französischen Behörden den Haftbefehl aufzuheben zurückgewiesen hat. Die Unabhänigkeit der Rechtspflege sei bisher in allen Kulturstaaten als eine unantastbare Errungenschaft angesehen worden. Französischem Uebermut blieb es vorbehalten, dagegen zu handeln. **Die Schmach, die darin liegt, trifft in den Augen aller Kulturvölker nicht die Deutschen, sondern die Franzosen.** Die bayerischen Richter und Staatsanwälte rechts des Rheins sind stolz auf das unbeugsame Pflichtbewußtsein ihrer Pfälzer Kollegen. Richter und Staatsanwälte werden auch in Zukunft sich durch keine Gewaltmaßregeln der Besatzungsbehörden von der Bahn des Rechts abdrängen lassen."

Die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen.

Verwendung der Schweiz für die deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 20. Nov. Wie aus Basel gemeldet wird, brachte der Genfer Abgeordnete Micheli in der gestrigen Sitzung des Nationalrats folgenden Antrag ein: Der Bundesrat wird ersucht, in humanitärem Interesse die Schritte zu unterstützen, welche das internationale Rote Kreuz mit den befreundeten Regierungen unternommen hat, um die **möglichst baldige Heimschaffung der fern von ihrer Heimat zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen** zu erlangen. Der deutsch-schweizerische Abgeordnete Eugster unterstützte den Antrag, welcher von etwa hundert deutsch-schweizerischen und welschen Abgeordneten unterzeichnet ist und erklärte, daß das Los der Kriegsgefangenen heute entsetzlich wäre. Bundespräsident Ador nahm im Namen des Bundesrats den Antrag an und erklärte, daß die Mitteilungen der Vorredner leider nur zu berechtigt seien. Er wolle sich sofort mit anderen neutralen Staaten, auch mit Spanien und Schweden in Verbindung setzen.

Badischer Landtag.

bc **Karlsruhe**, 19. Nov. Die heutige Sitzung begann unter Leitung von Präsident Kopf um 4 Uhr. Eine große Anzahl Eingänge lag ihr vor darunter ein Gesuch des Bad. Eisenbahnerverbandes, der eine höhere Beschaffungsbeihilfe wünschte und das bisher bezahlte nur als Abschlagszahlung betrachten will. Nach einem Berichte des Abg. Schön (Dem.) wurde der Gesetzentwurf über die Vereinigung der Gemeinde Wieblingen mit Heidelberg angenommen. Ferner nahm das Haus den Druckvertrag für den Landtag 1919/20 an. Die Abänderung der Geschäftsordnung des Landtags, die notwendig wurde infolge der Neuordnung der Dinge in Baden nach dem Umsturze, wurde nach einem Berichte des Abg. Dr. Glockner (Dem.) gutgeheißen. Das Haus begann nun die Beratung der Anfragen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten über die Obstversorgung. Nach einer längeren Aussprache, an der sich Abgeordnete verschiedener Parteien beteiligten, erklärte Minister Remmele, daß die Regierung zur Zwangswirtschaft für Obst habe zurückkommen müssen. Bisher seien 15 028 Waggon Tafelobst und 1112 Waggon Mostobst aufgebracht worden. In den nächsten Tagen werden vielleicht auf anderen Gebieten noch schärfere Maßnahmen durchgeführt werden, wenn wir nicht untergehen wollen. — Nach verschiedenen geschäftlichen Mitteillungen vertagte sich das Haus auf morgen vormittag 9 Uhr.

Die Verbraucherkammer im Landtag.

Karlsruhe, 20. Nov. Das Gesetz über die Verbraucherkammer ist gestern im Landtag zur Verteilung gelangt. Nach dem Gesetzentwurf soll die Verbraucherkammer, deren Sitz Karlsruhe ist, die Aufgabe haben, die Interessen der Verbraucher besonders auf den Gebieten der Bedarfsgüterversorgung, des Ernährungswesens, der Gesundheits-, Wohnungs- und Verkehrsfragen ferner auf dem Gebiet des Versicherungs-, Heizungs- und Beleuchtungswesens wahrzunehmen. Die Kammer soll auch vor gesetzlicher oder behördlicher Regelung von wichtigeren, die In-

---

Die Töchter der Frau Konsul.

Roman von Fritz Gantzer.

26 Nachdruck verboten.

„Ich bin auch weit davon entfernt, Mama", lachte Georg. „Uebrigens halte ich ein Zurückholen für überflüssig. Regine wird sehr bald von selbst wiederkommen. Ein bißchen Not und Sorge nur da draußen in der Welt. Das sind feine Mittelchen, um verwöhnten jungen Damen das Leben sauer zu machen. Ich Ich wette Mama, daß dein Töchterlein noch vor Ablauf der nächsten Wochen als bereuende Sünderin zerknirscht vor dir auf den Knien liegt."

„Mit dieser Möglichkeit habe ich eigentlich bisher nicht gerechnet," gestand die Konsulin. „Aber du magst recht haben." Sie seufzte wie in einer Erleichterung auf. „Sie ist ja völlig mittellos. Und was soll sie beginnen? Irgendwelchem Beruf kann sie sich doch unmöglich zuwenden. Bedenke doch: eine Garding als Verdienerin ihres Lebensunterhaltes. Das wäre ja skandalös."

„Beruhige dich Mama! Da glaube ich Regine doch besser zu kennen. Sie ist viel zu stolz, um sich mit Arbeit zu beschmutzen. Ihr vorgenommenes Programm wird folgendes sein: Sie logiert hier oder in einem Nachbarorte in einem komfortabelen Hotel, läßt es sich wohl sein und bildet sich ein, daß wir in Angst und Sorge um sie vergehen. Glaubt sie uns dann genügend mürbe und zur Versöhnung geneigt, so erscheint sie mit einer Handvoll unbezahlter Rechnungen auf der Bildfläche und erklärt: Da bin ich wieder. Seid vergnügt."

„Aber du sprachst doch vorhin von möglicher Not und Sorge, Georg?" fragte die Konsulin, durch die letzten Ausführungen ihres Schwiegersohnes offenbar nicht befriedigt und anscheinend leicht verletzt.

Georg fühlte das heraus und beeilte sich, den unangenehmen Eindruck seiner Worte nach Möglichkeit zu verwischen.

„Ich stellte in beiden Fällen nur Vermutungen auf, teure Mama. Ich glaube nun aber von deiner Sorge um das Schicksal Reginens überzeugt sein zu dürfen und beginne zu bedauern, daß ich die Schenkung des ominösen Buches nicht lieber unterließ." Der leichtes Bestürztsein verratende Gesichtsausdruck gelang ihm vorzüglich, und Frau Cordula erkannte die Maske nicht. Schnell versöhnt streckte sie ihm die Hand hin. „Beunruhige dich nicht, lieber Georg, du verfolgtest nur gute Absichten. Wenn man sie verkennt, ja dann muß man sich darein schicken, wenngleich Erkanntwerden schmerzlich berührt."

Die Konsulin hatte ein paar wehleidige Tränen, die ihr auf die im Schoße ruhende Rechte tropften. Georg ergriff die Hand, beugte sich über sie und küßte die Tränen hinweg. „Wir wollen desto teurer an dir hangen, liebe Mama. Und nun laß uns nicht mehr von der ganzen traurigen und dich nur wieder aufregenden Angelegenheit sprechen."

Frau Garding war tief gerührt. „Du bist mir ein lieber Sohn, Georg. Ich bin glücklich, dich in dieser für mich doppelt schweren Zeit als treuen Beistand und feste Stütze an meiner Seite zu wissen." Sie richtete sich energisch auf. „Wir wollen nicht mehr von Regine sprechen."

Man tat das auch während der nächsten Tage und Wochen nicht. Eine Fülle anderer Ereignisse drängte sich in den Vordergrund: die Uebersiedlung Hartungs nach Burgbeck, die Einrichtung der neuen Wohnung — man hatte nach tagelangem Hin und Her im Suchen, Ueberlegen und Besserhabenwollen schließlich in der Burgstraße gemietet, knappe drei Minuten vom Klubhause, aber über eine halbe Stunde vom Kontor in der Kaiststraße entfernt —, das Sichhineinleben Georgs in seine neue Tätigkeit, Gabrielens ständiges Unterwegs von Geschäft zu Geschäft, um „unbedingt nötige" Einrichtungsgegenstände zu kaufen — alles das schob vorher wichtig Erschienenes in eine dunkle Ecke des Gefühllebens, wo es allmählich vom Staube des Vergessens bedeckt und nur dann und wann in die Erinnerung zurückgerückt wurde, wenn ein besonders greller Strahl in die abgelegenen Winkel der Seele fiel. Einmal, im Februar schon gleißte ein solcher Strahl auf, als die Konsulin den so lange verschwunden gewesenen „Knigge" in einem Zimmer mitten auf dem Tische liegend, fand. Doris hatte das Buch im Bibliotheksschrank, wohin es Brucks geräumt hatte, gefunden, darin gelesen und es liegen lassen. Frau Cordula war äußerst unangenehm berührt und hatte einen schlechten Tag und eine noch schlechtere Nacht. Der „Knigge" aber tauchte nicht wieder auf. Er war in den Ofen gewandert. Im übrigen bemühte sich die Konsulin zu vergessen. Anfänglich hatte sie immer noch gedacht, Regine könne zurückkehren. Als aber dann Woche um Woche schwand, ohne eine Erfüllung dieser Hoffnung gebracht zu haben gab sie es auf, die Möglichkeit einer Rückkehr weiter zu erwägen. Und ihr Herz wurde, soweit sein Fühlen Regine anging, etwas Starres, Vereistes, das der Wahrscheinlichkeit eines Wiedererwachens verloren gegangen zu sein schien.

Georg und Gabriele hatten sich das Erinnerns längst entledigt. Gabriele mochte lästige Reminiszenzen überhaupt nicht und verstand es dank ihres leichtlebigen, oberflächlichen Naturells vorzüglich, unangenehme Ereignisse in die abgründige Tiefe des Vergessens zu versenken. Und Georg hatte Regine mit ihrem Gehen nur einen Gefallen erwiesen. Daß er daher schon nach Tagen nicht mehr an sie dachte, war ganz natürlich.

Die einzige, die im wehen Sinnen ihre Gedanken oft zu Regine wandern ließ, war Doris. Und in ihr war Georg eine unversöhnliche Feindin und Hasserin entstanden. Schon am Tage seiner Rückkehr aus Düsseldorf hatte sie ihn das deutlich empfinden lassen. Als er ihr da nach seiner Unterredung mit der Konsulin im Flur begegnet war und ihr in Verbindung mit seinem Gruß ein heiteres Scherzwort zugerufen und sie „Kleine" genannt hatte, war sie ohne Erwiderung stolz und eisigen Blickes an ihm vorübergegangen und hatte nur ein verächtliches Lächeln für ihn gehabt. Seitdem vermied er es, ihr zu begegnen und wenn er zu Gabriele von ihr sprach, nannte er sie nur „die steinerne Jungfrau" oder „die kalte Sphinx".

Uebrigens hatte Doris mit einem doppelten Erinnern und Gedenken zu tun. Und das andere, das heimlichere, süßere, das in ihrem Herzen verborgen war, wie der Reif mit dem blutroten Rubin an dem seidenen um den Hals getragenen Bande auf dem jungen Busen galt natürlich dem in Frankfurt sich in Groll, Haß, Liebe, Sehnsucht und Empörung verzehrenden Moritz Schölerkamp. Denn der bestimmt von ihm erwartete Dankes- und Versöhnungsbrief kam nicht. Doris hatte drei-, viermal einen solchen begonnen schließlich aber immer unvollendet zerrissen. Den alten harmlosen Ton traf sie nicht mehr, und das Stürmende, Süße, Selige in ihr wagte sie dem Papier nicht anzuvertrauen. Schließlich sagte sie sich: Es ist auch gar nicht nötig, daß ich ihm schreibe. Er weiß, wie ich denke, er hat's aus meinem Brief damals fühlen müssen. Und wenn wir uns wiedersehen, wird's mit dem Erzählen und Reden besser gehen als mit dem Schreiben.

(Fortsetzung in der Beilage.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg